

POLITIK

BIRGIT SVENSSON

KHARTUM

Wo der weiße mit dem blauen Nil zusammenfließt, wächst meterhohes Gras. Dahinter erstreckt sich Khartums „Family Park“, ein Vergnügungsgarten für Familien. Um zehn Uhr morgens ist es noch ruhig. „Erst nachmittags fängt das Leben hier an“, sagt die Kaffee- und Teeverkäuferin, die gerade ihren Stand aufbaut. Sudanesischer Kaffee ist etwas Besonderes. In ein kleines Töpfchen werden Kaffeepulver und Kardamom geschüttet, und wer will, bekommt noch einen Schuss flüssigen Ingwer. Ferha rührt alles um, gießt Wasser darauf, stellt das Töpfchen auf die glühende Kohle hinter ihrem selbst gezimmerten Tresen, und kocht das Gebraue auf. Bis zu 100 Gläsern verkaufe sie an Wochenenden, unter der Woche knapp die Hälfte, zu fünf Pfund das Stück. Ein Euro sind etwa acht sudanesisches Pfund. Ferha verdient gut, mehr als die meisten ihrer Landsleute. Der Sudan gilt als eines der ärmsten Länder der Welt: Die Hälfte der knapp 40 Millionen Einwohner leben laut Weltbank unter dem Existenzminimum von umgerechnet knapp zwei Euro pro Tag.

Wasser im Allgemeinen und der Nil im Besonderen spielen eine Schlüsselrolle in der Geschichte des Landes. „Seitdem wir existieren, haben wir nur Krieg gehabt“, sagt Mutaz Musa, der Wasserminister Sudans. Nach der Unabhängigkeit von Großbritannien 1956 wurde zunächst um die Macht im Lande gestritten, danach ab 1983 ums Wasser. „Wenn es immer so schön heißt, dass die nächsten Kriege nicht mehr um Öl, sondern um Wasser geführt würden – im Sudan ist das längst Realität.“ Der Bürgerkrieg, der zunächst den Süden betraf und sich später auf die Region Darfur ausweitete, „es war ein Krieg ums Wasser“.

Auslöser seien Auseinandersetzungen zwischen Nomaden und sesshaften Bauern gewesen, die sich um die Ausbeutung der Wasserstellen gestritten hätten. „Wenn bis zu 10.000 nomadisierende Tiere gleichzeitig am Wasserloch getränkt werden, bleibt nichts mehr übrig für den Ackerbau.“ Erst später hätten sich die Spannungen in ethnische und religiöse Konflikte ausgewachsen. Die Folge war die Abspaltung des Südens vom Norden und der Genozid in Darfur.

Musa weiß, wie man die Dinge auf den Punkt bringt. In seinem Dienstzimmer herrscht eine gediegene Atmosphäre. Der Minister thront nicht in einem protzigen Sessel, wie es sonst in arabischen Ländern üblich ist, und sitzt lieber mitten unter seinen Gesprächspartnern. Mit wachen Augen tastet er die Wirkung seiner Worte ab. Im Jahr 1999 ist er aus Bonn zurückgekehrt, wo er Diplomat an der sudanesischen Botschaft war. Seit fünf Jahren nun unterstehen ihm die Wasser des Nil, er ist für Staudämme und Elektrizität zuständig. Gut zwei Drittel seines Stroms gewinnt der Sudan aus Wasser – nicht zuletzt, weil er mit der Abspaltung des Südsudans die meisten Ölquellen verloren hat. Und nun steht der nächste Wasserkrieg vor der Tür.

„Ägypten muss sich entscheiden“, sagt der Sudanese. „Entweder die Ägypter geben ihre Vogel-Strauß-Politik auf und finden eine Lösung, oder wir haben hier einen unendlichen Konflikt.“ Es geht um die Verteilung des Nilwassers. Ein im Jahr 1929 unter britischer Führung abgeschlossener Vertrag legt das Volumen fest, das Ägypten beanspruchen darf, 30 Jahre später wurde wegen der Unabhängigkeit des Sudans ein Folgeabkommen geschlossen. Darauf beharrt Kairo auch weiterhin. Die anderen elf Anrainerstaaten des Nils aber wollen die Zuteilungsmengen ändern und sie der aktuellen Situation anpassen.

Vor allem Äthiopien möchte mit dem Bau des Renaissance-Staudamms nicht nur seine eigene Stromversorgung sichern, sondern auch Energie in die Nachbarländer verkaufen und so die wirtschaftliche Entwicklung des Landes vorantreiben. Der Sudan käme mit den 18,5 Milliarden Kubikmetern Nilwasser auch weiter aus, die es momentan dem längsten Fluss der Welt entnimmt. Und das, obwohl die Regierung in Khartum erwägt, Wasserleitungen an das Rote Meer und nach Darfur zu legen. „Je mehr wir Darfur entwickeln, desto weniger Konflikte werden wir dort haben“, so die Hoffnung des Wasserministers.

Auf dem Weg zum Flughafen fallen die farbenfrohen Kleider der Frauen auf. Sie ähneln den indischen Saris, sind aber nicht geschwungen, sondern hängen locker am Körper herunter. Die ebenso bunten Schals verdecken die Haare nur zum Teil. Den Hijab, der in den arabischen Ländern sonst üblich ist, findet man in Khartum seltener, Vollver-

schleierung ist kaum zu sehen. Obwohl die Scharia, das strikte islamische Recht, bereits im Jahr 1983 eingeführt wurde, zeigt sie sich im Sudan zumindest bei der Kleiderordnung liberaler als in den anderen Ländern. Allerdings wacht eine Sittenpolizei über die Einhaltung der Regeln. Im Jahr 2010 wurde eine Journalistin für das Tragen von Hosen zu einer Prügelstrafe verurteilt, die nach internationalem Protest schließlich in eine Geldstrafe umgewandelt wurde.

Doch bei den Farben dominiert ganz klar das bunte Afrika über das triste Arabien. Die Sudanesen selbst betrachten sich als Afroaraber und behaupten, beide Identitäten zu vereinen. Bilal al-Sudan, so die alte arabische Bezeichnung, „Land der Schwarzen“, bezieht sich also auf die Hautfarbe und nicht auf die Kleidung. Mit einer Fläche von mehr als 1,8 Millionen Quadratkilometern ist der Sudan etwa fünfmal so groß

fest im Griff und wolle die UN loswerden, hat Franke erfahren. Die Region soll nicht auch noch wegbrechen, wie der Süden.

Noch immer wird im Westen Darfurs, an der Grenze zum Tschad, gekämpft. Eine Einigung zwischen den Rebellen und der Regierung in Khartum ist auch heute, zwölf Jahre nach Ausbruch des Bürgerkrieges, nicht in Sicht, obwohl Präsident Baschir jetzt verstärkt zur Versöhnung aufruft. Er hat gar einen Nationalen Dialog angekündigt, an dem sich alle bislang verfeindeten Parteien beteiligen sollen. Doch das Misstrauen gegenüber dem Mann, den viele einen Schlächter nennen und der Tausende von Toten auf dem Gewissen haben soll, ist groß. Die Experten der International Crisis Group betrachten den angebotenen Dialog ebenfalls skeptisch, sie sehen keinerlei Entgegenkommen der Regierung. „Solange sich nicht beide Sei-

Endloser Krieg ums Wasser

Der Nil sorgte schon immer für Konflikte zwischen dem Sudan und seinen Nachbarn, nun droht neuer Streit mit Ägypten. Islamistische Terroristen hoffen bereits auf einen Zerfall der Regierung in Khartum

wie Deutschland und drittgrößter Flächenstaat des afrikanischen Kontinents. Vor der Abspaltung des Südens war es das größte Land Afrikas.

Beim Einchecken am Flughafen ist Hauptmann Franke nicht zu übersehen – groß, schlank, sportlich, blondes Stoppelhaar. Der Mann aus Hamburg ist auf dem Flug zurück in die 260.000-Einwohner-Stadt al-Fascher in Darfur, in die Krisenregion, die so lange für schlimme Schlagzeilen sorgte und Omar al-Baschir, dem Präsidenten des Sudans, einen Haftbefehl des internationalen Strafgerichtshof in Den Haag einbrachte. Franke ist in einem Einsatz, „der in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt ist“, teilt seine oberste Dienststelle in Potsdam mit. Bundeswehrsoldaten schieben Blauhelmdienst in Darfur für die zweitgrößte UN-Mission der Welt, nach der in der Demokratischen Republik Kongo.

Seit dem Jahr 2008 waren zeitweilig bis zu 50 deutsche Soldaten in Darfur im Einsatz. Jetzt sind noch zehn vor Ort. „Wir sind die letzten Europäer in Darfur“, berichtet der Hauptmann, „alle anderen sind schon abgezogen.“ Auch die UN selbst haben damit begonnen, von den 15.000 Blauhelmen, die in Darfur stationiert sind, einige aus den „stabilen“ Gebieten zu verlegen. Eine Abzugsstrategie wird derzeit diskutiert. Die Regierung in Khartum halte Darfur

ten aufeinander zubewegen, sind ein andauernder heftiger Krieg und humanitäre Krisen unausweichlich“, heißt es in der am Mittwoch veröffentlichten Analyse.

„Baschir hatte seinen Rücktritt angeboten“, sagt hingegen sein Assistent, Ibrahim Ghandur, „aber die Partei hat ihn gebeten, für eine weitere Amtszeit von fünf Jahren zu kandidieren.“ Die Angst bestehe, dass mit der zunehmenden Zahl von internen Abweichlern nicht nur Baschirs Nationale Kongresspartei (NCP), sondern das ganze Land auseinanderfalle. Dann hätten, so die Einschätzung Ghandurs, Terrorgruppen wie al-Qaida, Islamischer Staat, Boko Haram aus Nigeria oder al-Schabab aus Somalia ein leichtes Spiel und halb Afrika unter ihrer Kontrolle. Im April sollen Parlamentswahlen abgehalten werden. Wichtige Oppositionsgruppen drohen mit Boykott, wie schon beim letzten Mal.

Hasan al-Turabi jedoch lenkt ein. Der Oppositionspolitiker sitzt auf einem Stuhl im Empfangszimmer seines Hauses in Khartum, kichert viel und redet ununterbrochen. Er hat sich bereit erklärt, am Nationalen Dialog mit seinem Widersacher Baschir teilzunehmen, der ihn mehrmals verhaften ließ, als Turabi ihm zu mächtig wurde. Insgesamt 16 Jahre verbrachte der heute 83-jährige religiöse Führer hinter Gittern. „Wenn Diktatoren schwach werden, fangen sie an zu reden“, umschreibt der Chef der islamistischen Muslimbruderschaft im Sudan die Motivation des Präsidenten, alle an einen Tisch holen zu wollen.

Turabi ist zweifellos eine der schillerndsten Figuren im postkolonialen Sudan, seit mehr als 40 Jahren ist er in der Politik des Landes aktiv. Ein schneeweißer Turban und die lange weiße Gallabija – ein langes, hemdartiges Gewand mit weiten Ärmeln – sind zu seinen Markenzeichen geworden. Mit den Jahren wurde auch sein kurz geschorener Bart weiß. Nur die Augen sind jung geblieben und flitzen flink hin und her, mustern die Gäste und entscheiden dann, welches Spiel heute gespielt wird.

„Demokratie und Islam stehen nicht im Widerspruch“ sagt der Mann, der maßgeblichen Anteil an der Einführung der Scharia im Sudan hat. „Manchmal kriegt einer, der etwas Böses getan hat, eine Tracht Prügel oder wird ausgepeitscht, dann lassen wir ihn gehen.“ Käme er ins Gefängnis, wäre er mit anderen Kriminellen zusammen und käme schlimmer wieder heraus als er hineingegangen sei. Er wisse, wovon er rede.

Doch der Sudan müsse sich jetzt öffnen, sich Schritt für Schritt demokratisieren. „Wir wollen keinen Krieg mehr, wir haben genug.“ Die von den Amerikanern verhängten Sanktionen seien verhängnisvoll für die Wirtschaft. Jetzt sei zumindest das Technologie-Embargo aufgehoben worden, Smartphone und iPhone könnten wohl bald funktionieren. „Wir wollen aber keine Facebook-Revolution wie bei unserem Nachbarn Ägypten, sondern eine schrittweise Veränderung.“ Und schrittweise werde auch Baschir von der politischen Bühne des Sudans verschwinden. Turabi zwinkert und bringt die Gäste zur Tür.

CHRONOLOGIE VON PUTSCH UND GEWALT

Die Geschichte des Sudans beginnt 1958, zwei Jahre nach der **Unabhängigkeit** von Großbritannien und Ägypten, mit einem Staatsstreich. In den folgenden Jahrzehnten wechselt die Macht mehrmals zwischen Armee, Islamisten und Kommunisten. Im Süden kämpfen schwarze Rebellen gegen den arabisch-islamischen Norden. Ein Abkommen beendet den Krieg 1972, aber 1983, als die Regierung landesweit die **Scharia** einführen will, greifen die Kämpfer im Süden erneut zu den Waffen. Sechs Jahre später putscht sich in Khartum Oberst **Omar al-Baschir** an die Macht, **Hassan Abdallah al-Turabi** ist ein enger Berater. 1999 zerstreuten sich die beiden, Turabi gründet seine eigene Partei PNC. Das Jahr 2003 gilt als Beginn des bewaffneten Konflikts in der Region Darfur im Westen Sudans. Nach Angaben der Vereinten Nationen starben dabei mehrere Hunderttausend Menschen, der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat Anklage gegen Baschir wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit erhoben – und damit erstmals gegen einen amtierenden Staatsoberhaupt. Der Krieg zwischen Norden und Süden endet 2005 mit einem **Friedensabkommen**, im Juli 2011 wird der Südsudan unabhängig. Nun befinden sich drei Viertel der **Ölvorkommen** im Südsudan, der jedoch weder Pipelines noch Raffinerien besitzt. Im Grenzgebiet kommt es immer wieder zu Gefechten, jede Seite gibt der anderen die Schuld. *jay*

